



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0093/2012		Datum:	17.12.2012			
Verfasser:	05-FDP-Ratsfraktion	Az:					
Gremienweg:							
01.02.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>	TOP	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
		öffentlich					
Betreff:	Antrag der FDP-Fraktion zur Offenlegung städtischer Zuschüsse						

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung veröffentlicht einmal im Jahr über die Medien die aktuellen Subventionen ausgesuchter städtischer Einrichtungen (z. B. Schwimmbäder, Theater, Museen). Die Zuschüsse werden dabei in Relation zur Nutzung der Einrichtungen gesetzt (z. B. Zuschuss pro Besucher/Eintrittskarte).

Begründung:

In der Ratssitzung am 28.06. 2012 stellte die FDP-Fraktion den Antrag, die jeweilige durchschnittliche Höhe der öffentlichen Bezuschussung auf Eintrittskarten und/oder Programmheften mitzudrucken. Die FDP-Fraktion machte diesen Vorschlag nicht in der Haushalts- und Strukturkommission, da er weder Kosten senkt noch Einnahmen generiert.

Daher stellte die FDP-Fraktion diesen Antrag in einer Ratssitzung, weil die Offenlegung der städtischen Zuschüsse der Transparenz dienen soll und zu einem höheren Verständnis bei den Bürgern und Besuchern führen kann. Dieser Antrag zur Offenlegung städtischer Zuschüsse wurde mit 9 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Auch die Verwaltung sprach sich gegen diese Offenlegung der städtischen Zuschüsse aus und führte als Begründung einen zusätzlichen Aufwand (und ggf. Kosten) an. Jedoch gab die Verwaltung die Empfehlung, einmal jährlich die aktuellen Subventionen ausgesuchter städtischer Einrichtungen in den Medien zu veröffentlichen. Nach Auffassung der Verwaltung würde auch damit das Bewusstsein bei der Bevölkerung gesteigert.

Dieser Empfehlung folgt die FDP-Fraktion und stellt hiermit diesen Antrag.